

Wien, am Montag, den 11. November 1929

.....

Festbeleuchtung des Rathauses. Am morgigen Staatsfeiertag wird das Rathaus von 19 Uhr bis 20 Uhr festlich beleuchtet. Der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird am Staatsfeiertag von 20 Uhr bis 21'30 Uhr seine farbenprächtigen Wasserspiele zeigen.

.....

Der Rechnungsabschluss für 1928. Der Wiener Stadtsenat führte heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Generaldebatte über den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1928 ab. Den Bericht erstattete amtsführender Stadtrat Breitner. Das Jahr 1928 war für die Wirtschaft ein verhältnismässig günstiges Jahr. Das gegenüber dem Vorschlag bessere Ergebnis ist zunächst einer Steigerung der Ertragsanteile zuzuschreiben. Der Bund hat höhere Steuereingänge zu verzeichnen gehabt, was allen Ländern und Gemeinden zugute gekommen ist. Dementsprechend hat auch Wien an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben eine Mehreinnahme von rund 24'7 Millionen Schilling. Bei den Gemeinde- und Landesabgaben sind die Mehreinnahmen 19,422.000 Schilling. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit prägt sich in den erzielten Mehreinnahmen bei der Fürsorgeabgabe aus und hatte ferner zur Folge, dass das Land Wien zu den Kosten der Notstandsauhilfen um zwei Millionen Schilling weniger beitragen musste, als vorgesehen war. Den Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung gegenüber. Die Mehrausgaben für die Angestellten und Pensionsparteien der Gemeinde betragen 4'8 Millionen Schilling. In der Gruppe Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung wurden für Erhaltungsbeiträge 1'3 Millionen Schilling mehr ausgegeben. Die Tuberkulosefürsorge weist den Mehraufwand von 352.000 Schilling aus. Eine sehr wesentliche Steigerung der Ausgaben hat sich beim Wohnungswesen ergeben. Der Gemeinderat bewilligte einen Zuschusskredit von zwanzig Millionen Schilling, der erforderlich war, um die sonst von einem Verwaltungsjahr in das andere übergreifenden Rechnungen der Hochhausbauten restlos zu liquidieren. In der Generaldebatte sprach zunächst Stadtrat Kunschak. Er verlangt Aufschluss über die Verwendung des Zuschusskredites von zwanzig Millionen Schilling für das Wohnungswesen, der übrigens beigetragen hat, die Kassenbestände zu verringern und sie zu verschleiern. Dann verlangt Stadtrat Kunschak Aufklärung über die Budgetierung im Bauwesen und insbesondere darüber, ob bei der Wohnbautätigkeit Ueberschreitungen des Präliminare zu verzeichnen sind. GR. Zimmerl kritisiert, dass der Magistratsbericht, wie auch der Bericht des Kontrollamtes zum Rechnungsabschluss sehr rückhaltend sind. Er verlangt die Vorlage eines vollständigen Inventars mit Bewertungsziffern, einer ziffernmässigen Darstellung der Kassenbestände und schliesslich eines Ausweises über die Aussenstände. Stadtrat Rummelhardt verlangt die unbedingte Trennung des Landeshaushaltes vom Gemeindehaushalt. Die Kontrolle über die Gebarung müsse einer gründlichen Remedur unterzogen werden, das Kontrollamt einem vollständig unabhängigen Kontrollamtsdirektor unterstellt werden. Eine entschiedene Aenderung müsse auch in der Schulverwaltung durchgeführt werden. GR. Angermayer erklärt, dass die Art der Eintreibung der Steuern den schärfsten Widerstand finden muss. Die Steuerträger werden immer strenger erfasst und verfolgt, um so mehr Steuern aus der Wirtschaft herauszupressen. Die Wirtschaft verarmt, während die Gemeinde immer mehr Reichtümer ansammelt. Bürgermeister Seitz erwidert sodann auf die Ausführungen des Stadtrates Rummelhardt, dass für Wien das gleiche Recht wie für alle übrigen Bundesländer gelten müsse. Nach einigen Bemerkungen des Vizebürgermeisters Hoss über die Tätigkeit des Kontrollamtes führt Stadtrat Breitner in seinem Schlusswort unter anderem aus, dass es sich bei dem Zuschusskredit von zwanzig Millionen Schilling für das Wohnungswesen keineswegs um eine Deckung von Ueberschreitungen handelt. Damit ist die Generaldebatte abgeschlossen. In der Spezialdebatte wird zunächst die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen in Verhandlung gezogen. Dazu sprechen die GR. Binder, Uebelhör und Zimmerl. Die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe werden genehmigt. Die Spezialdebatte über die übrigen Verwaltungsgruppen wird am Mittwoch fortgesetzt.